

Dieses Blatt erscheint in der Woche  
zweimal.

**Abonnements-Preis:**  
vierteljährl. für Berlin 7 M. 50 Pf.,  
für ganz Preussen, das übrige  
Deutschland und ganz Oester-  
reich 9 M.

**Insertions-Gebühr:**  
die dreispaltige Zeile 40 Pf.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen  
ausser anderen  
tabellarischen Uebersichten  
eine Zusammenstellung  
aller Submissionen,  
Allgemeine Verloosungs-Tabellen  
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als VII. Beilage:  
**No. 9 der Allgem. Verloosungs-Tabelle.**

## Telegraphische Depeschen.

**Karlsruhe, 28. Februar, Abends.** (C. T. C.)  
Serienziehung der Badischen 35-Gulden-Loose:  
179 206 217 271 305 400 463 488 497 628 636  
671 729 731 801 814 843 922 936 951 1023 1094  
1108 1155 1191 1193 1328 1342 1444 1479 1480  
1490 1497 1566 1584 1644 1852 1973 2052 2132  
2246 2275 2288 2293 2371 2379 2439 2477 2478  
2540 2545 2594 2646 2653 2751 2851 2877 2954  
2961 3000 3007 3036 3044 3064 3170 3195 3204  
3252 3260 3277 3440 3442 3499 3523 3546 3675  
3681 3713 3839 3841 3897 4001 4004 4009 4042  
4236 4278 4314 4353 4373 4406 4414 4498 4513  
4572 4656 4658 4670 4781 4803 4823 4898 4932  
4943 5027 5037 5120 5145 5184 5185 5291 5315  
5351 5576 5581 5649 5692 5695 5752 5799 5862  
6082 6085 6106 6122 6125 6131 6132 6174 6290  
6338 6438 6473 6522 6523 6610 6700 6729 6830  
6873 7111 7131 7142 7145 7177 7181 7192 7297  
7316 7374 7430 7518 7606 7668 7675 7681 7739  
7777 7855 7979.

**Wien, 28. Februar, Abends.** (C. T. C.) Heute wurden im Ministerium des Innern unter Mitwirkung der beteiligten Ministerien noch einige nachträgliche Punkte zu der Vereinbarung mit der Serbischen Regierung wegen Anschlusses an die Beschlüsse der Wiener Commission betreffs Fernhaltung der Pestfrage erledigt und die Verhandlungen damit abgeschlossen. Bei den Verhandlungen wurden auch Punctationen bezüglich der Dampfschiffahrt auf der Donau unterhalb Orsova festgestellt. Hierbei wurde zum Ausgangspunkt genommen, dass die Fahrten an vollständig unbedenklichen Uferstrecken getrennt von jenen an den anderen Uferstrecken der Donau stattzufinden haben. Die einzuhaltenden sanitären Vorsichtsmaassregeln und die von den beteiligten Regierungen vorzunehmenden Amtshandlungen wurden genau festgesetzt und werden diese Punctationen auch einen integrirenden Bestandtheil der Vereinbarungen mit der Rumänischen Regierung zu bilden haben.

**London, 28. Februar, Abends.** (C. T. C.) Der Grossherzog von Hessen hat heute Nachmittag seine Rückreise via Vliessingen angetreten.  
**London, 1. März, Morgens.** (C. T. C.) Nach weiteren Nachrichten vom Kap ist die gegenwärtige Lage der Englischen Truppen daselbst eine befriedigende. Oberst Buller unternahm eine Reconnaissance und brante bei dieser Gelegenheit den Militärkraal Bangulissini nieder. Die von den Engländern angelegten Verschanzungen in Ekwe und Helpmakar sichern die Truppen gegen die Angriffe der Zulus. Letztere beabsichtigen den Zufluss zu überschreiten und Natal anzugreifen, wurden aber hieran durch das andauernde Regenwetter gehindert, in Folge dessen der Fluss sehr angeschwollen ist.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

## Berlin, den 1. März.

Die 13. Sitzung des Deutschen Reichstages wurde heute vom Präsidenten v. Forckenbeck um 11½ Uhr vor ziemlich schwach besuchtem Hause eröffnet.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein. I. Interpellation des Abg. Thilenius und Genossen:

Wird die Reichsregierung dem Reichstage Mittheilung machen: 1. über die gegenwärtige Verbreitung der Pest? 2. über die bisher ergriffenen und etwa noch zu ergreifenden Maassnahmen zur Verhütung einer Einschleppung der Seuche nach Deutschland?

Der Reichskanzleramtspräsident Hofmann erklärt sich sofort zur Beantwortung bereit.

Der Interpellant Abg. Dr. Thilenius erhält das Wort zur Begründung der Interpellation und bemerkt gleich zu Anfang seiner Rede, dass er nicht eine akademische Erörterung über die Pest geben wolle, sondern nur zur Beruhigung des Landes dieselbe zur Sprache bringen möchte. Die Brutstätte der Pest ist da zu suchen, wo faulende Organismen die Luft verderben und wo Schmutz

und mangelhafte Ernährung die Landesbewohner für Krankheiten prädisponirt. Der Geh. Rath Hirsch hat schon im Jahre 1876 genaue Forschungen über die Russische Pest veröffentlicht und ihr Entstehen und ihr Wachsen eingehend beobachtet. Darnach ist es doch nicht ausgeschlossen, dass auch die Nachbarländer gefährdet sind. Prof. Virchow sieht die Hauptgefahr in der Russischen Armee, und würde die grösste Beruhigung haben, wenn man die Gewissheit hätte, dass dieselbe bisher frei von Infectionen sich erwiesen habe. Jedoch ist durch die ergriffenen Maassregeln schon soviel geschehen, dass wir vor der Hand nichts zu fürchten haben. Aber es ist gerathen, überhaupt Mittel zu finden, welche der immer sich wiederholenden Gefahr vorzubringen im Stande sind, und hierbei wäre eine internationale Seuchecommission und eine ständige Deputation im Reichsgesundheitsamt zu denken.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann. Die Russische Regierung Ath let gethan, um die Pest auf ihren Ursprungsherde zu beschränken. Bis jetzt ist kein Fall von Pest ausserhalb des Cordons constatirt. Der bekannte Fall in Petersburg ist durch aus unerwiesen. Die officiële Untersuchung hat ergeben, dass es nicht ein Pestfall gewesen sei. Die Reichsregierung möchte indess auch die erste Diagnose immerhin als möglich annehmen. Der Telegraph hat aber schon sehr oft solche Alarmanmeldungen gebracht. Aus derartigen Nachrichten erwächst der Verantwortlichkeit der Regierung eine eminent schwierige Situation. Wir müssen Alles thun, um die Gefahr zu vermeiden, aber wir dürfen auch nicht Verkehrsstörungen herbeiführen durch unnötige Beschränkungen auf Grund von Alarmanmeldungen. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist bekannt, dass nach gemeinschaftlichen Berathungen mit Oesterreich-Ungarn eine Commission nach Russland gesendet wurde. Es sind dann Quarantänemaassregeln getroffen worden an den Grenzen und weitere Maassregeln, ein militärischer Cordon, in Aussicht genommen, wenn die Commission dies nöthig befände. Die Commission ist zusammen mit der Oesterreichischen nach Astrachan gereist. Am 22. d. ist die Nachricht von Herrn Geh. Rath Hirsch gekommen, dass die Commission gedächte, nach 10 tägiger Quarantäne in das Pestgebiet einzudringen, sodass sie vielleicht jetzt in Astrachan selbst ist. Sollte nun der Pestfall in Petersburg auf Unwahrheit beruhen — was als sicher gilt — so ist Alles gethan, was die Pest auf ihren Herd beschränkt. Nichtsdestoweniger ist die Regierung sich ihrer Verantwortung vollständig bewusst und wird ihre Pflicht erfüllen. (Lebhaftes Bravo.)

Auf den Antrag des Abg. Dr. Mendel wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Mendel: Wenn das Publicum unthätigerweise allarmirt worden, so treffe die Schuld hierfür die widersprechenden officiösen Nachrichten. Man müsse trotz der beruhigenden Petersburger Nachrichten die Angelegenheit scharf im Auge behalten. Vom Herrn Präsidenten des Reichskanzler-Amtes aber möchte er sich Auskunft darüber erbitten, welche Maassregeln die Russische Regierung getroffen, um eine Einschleppung der Seuche durch die vom Türkisch-Russischen Kriegsschauplatz heimkehrenden Truppen zu verhindern. Redner verlangt sodann Einführung einer obligatorischen Leichenschau in unseren Grenzdistricten, die allein im Stande sei, uns vor Gefahren zu bewahren.

Staatsminister Hofmann erwidert, dass man nicht bezweifeln dürfe, dass die Russische Regierung bezw. die Sanitätsbeamten der Russischen Armee alle diejenigen Vorsichtsmaassregeln anordnen werden, welche geeignet seien, die Einschleppung der Seuche nach den nicht infectirten Landestheilen zu verhindern.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

II. Fortsetzung der ersten Berathung des Etats. Abg. Dr. Reichensperger (Crefeld) wendet sich zunächst gegen einige Ausführungen des Abg. Richter in Bezug auf die directen Steuern. Die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer sei für ihn die directe Steuer gerichtet. Damit sei für ihn die directe Steuer gerichtet. Er glaube, selbst Herr Dr. Löwe werde jetzt anderer Meinung geworden sein. Insofern allerdings theile er (Redner) die Ansicht dieser Herren, dass man

neben den bestehenden Steuern nicht noch neu directe oder indirecte Steuern einführen dürfe. Was die Matricularbeiträge anlangt, so betrachte man dieselben anscheinend als Sturmbock zur Durchführung anderer Pläne, denn von keiner Seite sei bisher auch nur der Versuch gemacht worden, um eine gerechtere Vertheilung derselben herbeizuführen, sie einigermaassen erträglich zu machen. Er halte die Matricularbeiträge für eine Schutzwehr gegen die Centralisation; sie seien dazu da, den Föderalismus zu stärken, auf welchem das Deutsche Reich verfassungsmässig aufgebaut ist. — Die Entlastung der Bürger von den gegenwärtigen Steuerlasten müsse nach den verschiedensten Seiten hin zur Durchführung gebracht werden, im Reiche, im Staate und in der Commune; eine Abwälzung der Lasten von der einen nach der anderen Seite hin sei keine Erleichterung. So lange indess an eine Herabinderung des Armeebudgets nicht herangetreten werde, so lange sei an eine Steuerentlastung nicht zu denken. Man sollte nicht immer von der Opferfähigkeit sprechen, sondern auch auf die Opferfreudigkeit einige Rücksicht nehmen. Man zahle eben in Deutschland Steuern, weil man sie zahlen muss. Der Culturkampf mache die schweren Lasten, welche auf dem Volke ruhen, doppelt schwer, deshalb richte er die dringende Bitte an das Haus, Deutschland vor Allem auch von diesem Feinde zu befreien.

Bundescommissär, Geheim-Rath Huber giebt mit Bezug auf eine Aeusserung des Abg. Richter in der gestrigen Sitzung einige Erläuterungen zu den Einnahmen aus der Rübenzucker- und Branntweinsteuer.

(Schluss des Blattes.)

— Nirgends in Deutschland treibt der Particularismus so wundersame Blasen an die Oberfläche, wie in Bayern. Man sehnt sich dort eben wieder aus dem Reiche heraus und möchte überall Bayerische Grossmächts-Politik treiben. Wir hätten keine Veranlassung, an dieser Stelle auf diese Erscheinung zurückzukommen, wenn wir nicht seit einiger Zeit eine Reihenfolge anscheinend inspirirter Artikel in Bayerischen Blättern fänden, in denen sogar die Deutsche Reichsbank für „die rückläufige Richtung der nationalen Bewegung in Bayern“ verantwortlich gemacht wird. Thatsache ist es, dass man in Bayern von oben herab nur unwillig die Ausdehnung der Wirksamkeit der Reichsbank auf dieses Reichthum von Anfang an gesehen hat, dass man kleinliche Chicanen, Steuermaassregeln und sonstige feindliche Maassnahmen aller Art auf einander häuft, um seiner wenig wohlwollenden Gesinnung gegen die Reichsbank Ausdruck zu geben, und dass man auf Kosten der letzteren die angeblich grossen Verdienste der Bayerischen Bankinstitute, namentlich der Königlich Bayerischen Bank hervorzuheben bestrebt bleibt. Glücklicher Weise wird dadurch nichts an der gegenwärtigen Reichspolitik geändert werden, sondern Bayern wird ebenso wie die Unterordnung unter Kaiser und Reich, so auch die Hineinzugung in die gemeinsame Deutsche Bank-Organisation und deren Leitung von einer Berliner Centralstelle aus hinnehmen und dulden müssen. Es ist im Augenblicke namentlich die Bekanntmachung des Reichsbank-Directoriums, wonach vom 1. Juni ab Gelder der Kirchen, Schulen, Hospitäler und anderer milder Stiftungen und öffentlicher Anstalten nicht mehr zur zinsbaren Belegung von der Bank angenommen werden, aus der man die Angriffspunkte in Bayerischen Blättern entnimmt. So finden wir eben im „Südd. Bank- und Handelsblatt“ einen Artikel, der von diesem Gesichtspunkte aus die Reichsbank angreift, dabei aber leider denn doch mehr Unkenntnis der einschlagenden Verhältnisse bekundet, als man bei einem Fachblatt voraussetzen darf. Seien wir uns deshalb diesen Artikel, der eine Verherrlichung des Bayerischen Particularismus und eine Bekämpfung der Wirksamkeit der Reichsbank zum Zwecke hat, einmal etwas genauer an. Es wird von der Reichsbank behauptet, „sie gewähre nur den Repräsentanten des Geldmonopols Erleichterungen, um diesen die Mittel zu gewähren, nach unten herab gegen hohe Procente Wucher zu betreiben, sie nehmen nicht die Wechsel des Mittel-